

Leserstimmen zum Mediengesetz

Im Artikel «Die einzige Zeitung» (NZZ 24. 1. 22) sagt eine Journalistin zum Thema der Unabhängigkeit der Presse: «Wir sind jetzt auch abhängig, einfach von den Kunden.» Offenbar geht hier vergessen, dass das Urteil und das Handeln der Kunden mit ihrem Portemonnaie ein wichtiger Bestandteil des Wettbewerbs ist und somit entscheidend für die Güte eines Erzeugnisses, auch einer Zeitung oder eines anderen Mediums.

Gemäss der Abstimmungsvorlage vom 13. Februar 2022 soll zur Medienförderung in den nächsten sieben Jahren ein Milliardenbetrag an Steuergeldern eingesetzt werden. Und wie man die Geschichte kennt, ist das erst der Anfang. Einst wurde die Subvention für die Verbilligung der Zeitungszustellung eingeführt, nun soll sie ausgeweitet werden: mehr Geld für die verbilligte Zustellung, für private Radio- und TV-Sender und für die Branche allgemein.

Nach dieser Logik hätte man zur Erhaltung eines sehr beliebten, teuren Mediums vor zwanzig Jahren Kodak und Agfa mit Steuermillionen stützen müssen. Sie waren damals «systemrelevant» für Fotos und Bilder. Die Entwicklung hat sie ausgelöscht. Fotos werden heute mit dem Handy geknipst, in der «Wolke» aufbewahrt und bei Bedarf via Handy in die ganze Welt verschickt. Alle früheren Kosten wurden aufgehoben; Fotoapparat, Film, Entwicklung und Versand.

Subventionen für Branchen und Verbände behindern und verhindern eine Entwicklung zum Besseren, der Wettbewerb wird ausgehebelt, und die alten Instrumente überdauern nur dank Subventionen. Diese Subventionen sind Dämme gegen eine willkommene, neue, raschere, vielfältigere und unabhängige Vermittlung von Nachrichten und die Entwicklung von neuen Medien.

Ernst Seiler, Muri bei Bern

Seit gut zwanzig Jahren grasen ausländische TV-Sender in der lukrativen schweizerischen Werbelandschaft und saugen den einheimischen Printmedien Werbeeinnahmen ab. Zudem informieren sich immer mehr Leute in den elektronischen Medien und verzichten auf Zeitungsabonnemente. Wenig überraschend sind darum viele Zeitungen verschwunden, und die verbliebenen Tageszeitungen werden von ein paar Grossverlagen beherrscht, die gleichzeitig private Radio-/TV-Stationen und Internetplattformen betreiben.

Auch die Meinungsvielfalt ist durch diese Medienkonzentration bedenklich geschrumpft. An dieser Entwicklung dürfte auch das Medienpaket kaum etwas ändern. Diese Medien erhalten schon bis anhin staatliche Steuergeld-Zuschüsse. Lokalradios und TV-Sender erhalten Beiträge aus den SRG-Gebühren. Nun sollen weitere Millionen an SRG-Gebührgeldern pro Jahr in die Förderung von Lokalradios/-fernseher und Medien fliessen, und aus der Bundeskasse werden weitere Millionen für die Zustellung von Print-Medien lockergemacht.

Mühe habe ich vor allem mit den 30 Millionen für Online-Medien, die neu ausgerichtet werden sollen. Das ist lächerlich, weil die Online-Medien Teil der Zeitungsverlage sind, die schon bei den bisherigen Beiträgen kassieren. Für mich ist die fragwürdige Förderung von Online-Medien nicht akzeptierbar. Kommt dazu, dass das Medienpaket während sieben Jahren zu Mehrausgaben führen und die hochverschuldete Bundeskasse belasten wird.

Die Zuschüsse werden nach sieben Jahren nicht eingestellt, wie in der Vorlage versprochen. Das Parlament wird Gründe finden, um die Subventionen zu verlängern oder gar noch zu erhöhen. Sagen wir darum heute Nein zu diesem fragwürdigen Medienpaket.

Markus Wäfler, Steinmaur

Der Staat sei eine Supermacht, die es zu kontrollieren gelte, schreibt die NZZ am 26. 1. 22. Und das Referendumskomitee gegen das Mediengesetz begründet seine Ablehnung der Vorlage des Bundesrats und des Parlaments unter anderem mit dem Argument: Wenn der Staat die Medien subventioniert, dann kontrollieren nicht mehr die Medien den Staat, sondern der Staat die Medien. Aber wer ist denn dieser Staat?

Das sind die Bewohner der Schweiz, eine sehr heterogene Gesellschaft. Das ist ein Parlament, das sich aus Abgeordneten verschiedener Parteien zusammensetzt, die unterschiedliche Ziele verfolgen. Und das ist schliesslich eine Regierungskoalition, die ausserstande ist, die Medien einheitlich in die Pflicht zu nehmen.

Die Presse als vierte Gewalt braucht auch nicht prinzipiell gegen den Staat zu opponieren, sondern darf ihn durchaus einmal bei Vorlagen unterstützen, die überzeugen.

Wer aber hat bis jetzt die Presse unter Druck gesetzt? Das waren private Unternehmen des Gewerbes und der Industrie, die immer wieder einmal mit Inserateboykott drohten, wenn in einer Zeitung kritisch zu ihren Produkten und Zielen Stellung genommen wurde. Die Gegner des Mediengesetzes täten gut daran, sich an jene konkreten Fälle zu erinnern. Sie sitzen nämlich in ihren eigenen Reihen.

Peter Schmid, Frauenfeld

Am 13. Februar 2022 stimmen wir über das neue Mediengesetz ab. Mit diesem Gesetz wollen Teile der Politik die Schweizer Medien vom Staat abhängig machen. Das ist Gift für unsere Demokratie.

Neu würden die privaten Medienhäuser vom Staat für die kommenden sieben Jahre jährlich Subventionen von mehreren hundert Millionen Franken erhalten.

Über 70 Prozent dieser Mediensubventionen fliessen direkt den grossen, marktbeherrschenden Medienkonzernen wie z. B. der TX Group («Tages-Anzeiger»), dem Ringier-Verlag («Blick») sowie deren Aktionären zu, obwohl diese aufgrund ihrer Jahresabschlüsse das Geld nicht nötig haben.

Besonders stossend ist hierbei, dass sogar börsennotierte Medienkonzerne,

wie die obengenannte TX Group, Steuergelder erhalten werden. Ich werde daher das neue Mediengesetz klar ablehnen.

Martin Boppert, Stäfa

Dieser Raubzug auf die Staatskasse ist unnötig und schädlich, schafft Einheitsbrei statt Wächterfunktion, verzerrt den Markt, macht die Medien staatsabhängig, diskriminiert Gratismedien und zementiert die heutigen Medienmonopole.

Medien müssen unabhängig sein, nicht vom Staat abhängig, denn Staatsgeld macht staatsabhängig. Mit dem Gesetz wird die vierte Gewalt im Staat «gekauft». Das ist Gift für die Demokratie.

Daher ein klares Nein zur Abstimmungsvorlage über das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien. Es ist zu hoffen, dass die Schweizerinnen und Schweizer ein feines Gespür dafür haben, wenn politische Vorlagen überladen, diskriminierend und von Eigennutz getrieben sind. Bruno Dudli, Kantonsrat / Präsident SVP Kreis Wil, Sonmental

Kein Sündenfall

Marc Walder von Ringier steht im Kreuzfeuer, weil er im Verlagshaus die Devise herausgab, die Massnahmenpolitik der Regierung zu stützen. Das wird ihm jetzt als Angriff auf die Medienfreiheit angekreidet, auch in der NZZ im Interview von Christina Neuhaus (unterschwellig) und im Beitrag von Benedict Neff (NZZ 5. 1. 22).

Soweit dieser Wunsch von Marc Walder die Schweizer Redaktionen des Verlagshauses betrifft, ist das in der Tat kein Sündenfall: Niemand ist Prophet, niemand kennt den Verlauf der Pandemie, und deshalb ist es nicht abwegig oder unmoralisch, den Bundesrat zu stützen, der nach bestem Wissen und Gewissen handelt, statt sich als streitbarer Journalist zu profilieren und die Massnahmen der Regierung a priori zu degradieren.

Evelyn Teitler-Feinberg, Zürich

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Etenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.), Benno Mattli (bem.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Heili (ths.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafafar (gaf.), David Vonplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), Andri Rostetter (art.). **Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häslar Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.). **Westschweiz:** Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sfc.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (lml.), Niis Pändler (nil.), Linda Koponen (lko.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.).

Wirtschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Helga Rietz (rtz.), Herbert Schmidt (hst.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbt.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapp (kpr.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (-yrr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nab.), Franco Arnold (fra.), Melchior Poppe (pop.). **Social Media:** Reto Stauffacher (rst.), Philipp Gollmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK), Marit Langschwager (mls.). **Community:** Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: David Vogel (dvv.), Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.). **Audience Management:** Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xao.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Philip Kung (phk.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Eoos (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sah.), Eike Hoppmann (eik.) Simon Huwiler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Graustück (mgr.), Forrest Rogers (fr.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jürg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jill Antener (jil.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Claudia Bae (cb.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hüfchmid (phh.), Yvonne Eckert (lye.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Özalp (ilo.). **Art Director:** Reto Althaus (ral.). **Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgu.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grg.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aebly (nae.), Rabeil Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Joël Hunn (huj.), Dominic Nahr (dna.). **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.). **Korrektorat:** Natascha Fischer.

TRIBÜNE

Die FDP-Frauen und die Kernenergie

Gastkommentar

von HANS RENTSCH

In der FDP wütet innerparteilich wieder der energie- und klimapolitische Spaltpilz – wie schon bei den Referenden über das Energiegesetz (Mai 2017) und über das CO₂-Gesetz (Juni 2021). Bei beiden Referenden hatte die Parteileitung die Ja-Parole beschlossen und so die Abstimmung zur Konstellation alle gegen die SVP gemacht. In keiner der beiden Vorlagen folgte die Parteibasis der offiziellen Parole. Gemäss Nachanalyse stimmten 53 Prozent der FDP-Sympathisanten gegen das Energiegesetz. Beim CO₂-Gesetz waren es sogar 63 Prozent. Es sieht ganz so aus, als sorge sich die FDP-Führung vor allem darum, Wähler an die Grünliberalen zu verlieren. Zum grünen Anstrich der GLP trägt die fundamentalistisch anmutende Ablehnung der Kernenergie wesentlich bei.

Nun liegt eine Resolution der FDP-Spitze zuhänden der kommenden Delegiertenversammlung vom 12. Februar auf dem Tisch. Diese verlangt, das Verbot von Kernkraftwerken im Anhang des Energiegesetzes aufzuheben. Dieses Ansinnen rief umgehend die FDP-Frauen auf den Plan. Der «NZZ am Sonntag» war zu entnehmen, Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin der FDP-Frauen, habe an diesem Vorschlag kritisiert, dass man mit dem Ja zu neuen AKW ein irreführendes Signal sende – die falsche Botschaft, die FDP glaube, man könne mit dem Bau neuer AKW die drohende Stromlücke abwenden. Die Aufhebung des Verbots torpediere zudem die Anstrengungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Inzwischen hat sich die Freiburger Ständerätin und FDP-Vizepräsidentin Johanna Gapany, die zur jungen Generation von FDP-Politikerinnen gehört, in Interviews mit einer glasklaren Gegenmeinung gemeldet. Sie stellte den wichtigsten Punkt dieser Debatte unmissverständlich klar: Erneuerbare Energien und Kernenergie stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern sind komplementär. Mit einer Aufhebung des AKW-Verbots werde deshalb der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht gebremst.

Gapany verwies auch auf die selbstverständliche Tatsache, dass man über das Thema auf der Grundlage von AKW der neuen Generation diskutieren müsse. Weil der Stromverbrauch steigen werde, brauche es neue Antworten. Und schliesslich machte die Freiburger Ständerätin noch eine weitere Aussage, die spätestens seit dem Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU als Binsenwahrheit zu gelten hat: Einfach Strom aus der EU zu importieren, um die Produktionslücke zu schliessen, sei keine Option.

Natürlich liegt Gapany mit ihrer Position nicht auf der offiziellen Linie des Energiegesetzes, die nach wie vor unsere Politik in die engen Schranken der damaligen illusionären Annahmen und Versprechungen zwingt. Doch scheint die Ständerätin, vielleicht ohne es zu wissen, einem Motto des berühmten britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) zu folgen, der einmal bemerkte: «Wenn sich die Fakten ändern, ändere ich meine Meinung.» Und wenn wir schon am Zitieren sind, passt an dieser Stelle zuhänden der FDP-Delegiertenversammlung noch eine weitere Pointe. Von Charles-Maurice de Talleyrand (1754–1838), dem französischen Staatsmann und Diplomaten, berühmt als Grossmeister des oft leicht zynischen Bonmots, stammt das Aperçu «Opposition ist die Kunst, so geschickt dagegen zu sein, dass man später dafür sein kann».

Die FDP-Delegierten mögen sich auch einfach an die sachgerechten Einsichten der Freiburger Ständerätin Gapany halten, ohne auf Geistesblitze berühmter Verstorbener zurückzugreifen. Es wäre bedauerlich, wenn die FDP-Delegierten erneut die Stimmung in der FDP-Basis missachteten. Diese hatte sich in der Mitgliederbefragung vor den Wahlen vom Herbst 2019 mehrheitlich für die Kernenergie ausgesprochen. Die Parteiführung hatte dies damals unter den Teppich gekehrt und erhielt die Quittung bei den eingangs erwähnten Referenden. Die Zeichen der Zeit erkennt man durch den unbefangenen Blick in die weite Welt. Dort gelten die Befürworter der Kernenergie längst nicht mehr als die Ewiggestrigen.

Hans Rentsch ist Ökonom, Wirtschaftspublizist und Autor von «Wie viel Markt verträgt die Schweiz?». NZZ Libro, 2017.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nusslinger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltzsch (Ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (asi.), Alexander Kissler (kis.), Hannah Bethke (hb.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrts (slz.). **Rom:** Andres Wyslign (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mih.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinwirth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm. **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Seoul:** Matthias Müller (Mue.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Singer (dai.). **New York:** Christof Leisinger (cr.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.). **NZZ Folio:** Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch

Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat).

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 949 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2022.

Die Abonnentadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler